

AUFBRÜCHE UND UMBRÜCHE: DIE ZWEITE GRÜNDUNG DER BUNDESREPUBLIK 1955–1975. EINE EINFÜHRUNG

Im Jahre 1965 fragte der damals 36-jährige Soziologe Ralf Dahrendorf, warum das „Prinzip der liberalen Demokratie in Deutschland so wenig Freunde“ gefunden habe. Die Antwort auf diese „Variante der deutschen Frage“ sah er in der deutschen „Sehnsucht nach Synthese“ und in der allgemeinen „Aversion gegen Konflikt“, die er für den „Grundzug autoritären Denkens“ verantwortlich machte. Dieser führe dazu, dass man hierzulande den Zusammenhang von Konflikt und Freiheit kaum verstanden und im Krisen- und Entscheidungsfall sich meistens unter den Schutz des Staates geflüchtet habe.¹ Seine Zeitdiagnose unter dem Titel „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ war eine historisch-soziologische Beschreibung der „Hemmnisse der liberalen Demokratie in Deutschland“ und ein wesentliches Element in dem intellektuellen und politischen Transformationsvorgang, der zur Verwandlung der Bundesrepublik „in ein liberal-demokratisches Gemeinwesen innerhalb einer knappen Generationsspanne“² führte.

Das Buch wurde darum zum „Grundbuch des westdeutschen Identitätswandels“ und drängte zusammen mit anderen Publikationen die konservative Zivilisationskritik und Abendlandrhetorik, die bis dahin vorherrschenden politisch-kulturellen Denkmuster, an die Seite.³ Hatte das „Abendland“ bis dahin unter christlichem Banner die Option für die westlichen politischen Verfassungsvorstellungen immerhin geöffnet und unter dem Leitbild eines strikten Antibolschewismus die Vermittlung zwischen älteren nationalistischen, auch von der NS-Ideologie affizierten bzw. geprägten Ordnungsvorstellungen und moderneren konservativen Positionen erlaubt, so wurde der Westen, vor allem Amerika, zum Leitbild einer rasanten zivilisatorischen Modernisierung, die gleichzeitig die sich entfaltende Wohlstandsgesellschaft veränderte, was auch nicht ohne Konsequenzen für den politisch-kulturellen Wandel blieb.

Die neuen Sichtweisen auf die Ordnung des politischen Gemeinwesens wie auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die den „langen Weg nach Westen“ (Winkler) weit öffneten und die Abkehr von traditionellen obrigkeitstaatlichen Denk- und Verhaltensmustern beschleunigten, setzten sich nicht in einer monolinearen Bewegung durch, sondern waren Ergebnisse von „vielfachen Brüchen und

1 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S.16f.

2 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008, S. 277.

3 Dazu Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 277 f.; ferner Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.

Ambivalenzen“.⁴ Sie prägten die frühe Geschichte der Bundesrepublik von ihrer institutionellen Gründung bis hin zu der Durchsetzung einer pluralistisch-demokratischen politischen Kultur in den späten 1960er Jahren. Auf diesem Weg gab es viele markante Stationen, die einen Umschlagpunkt markierten, wie etwa die Spiegel-Affäre von 1962. Deren Ergebnis war es, dass vor allem für eine jüngere Generation die Prinzipien der Demokratie Vorrang vor obrigkeitsstaatlichen Ordnungsmustern erhielten, dass das Verfassungsprinzip des Pluralismus, das nun gegen den Totalitarismus jedweder Art argumentativ in Stellung gebracht wurde, praktische Anerkennung fand und eine verhaltensbestimmende Wirkung zeigte. Fielen die politischen Turbulenzen der Spiegel-Affäre mit dem sich ankündigenden Ende der Ära Adenauer zusammen, so war die sehr viel weitreichendere Folge, dass damit die Bundesrepublik „westlicher geworden war, als es der Vater der Verwestlichung vorhergesehen und erstrebt hatte.“⁵

Politische Konflikte wie die Spiegel-Affäre und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse sind die Folie bzw. der Bedingungsrahmen, vor denen sich die Veränderungen in der Ideenlandschaft der Bundesrepublik vollzogen. Der Schwerpunkt des vorliegenden Tagungsbandes liegt eindeutig auf der Denkgeschichte und den davon beeinflussten politisch-kulturellen Einstellungen und Deutungen, die wir als „politische Kultur“ definieren.⁶ Sie sind Beiträge zu einer „intellectual history“ der frühen Bundesrepublik, die damit den institutionellen Gründungsvorgang fortführte und die verfassungsmäßige Ankunft im Westen in einer gesellschaftlich-kulturellen Verwestlichung ihres Selbstverständnisses und ihrer Selbstbeschreibungen weiterführte.

Die Umbrüche in der politischen Kultur der Bundesrepublik vollzogen sich in den 60er Jahren und waren Ergebnisse der erwähnten Veränderungen in Politik und Gesellschaft. Sie waren schon längst im Gange, bevor die 68er Bewegung zu deren Radikalisierung und Polarisierung führte. Im Gegensatz zu dem „Gründungsmythos“, zu dem „1968“ vor allem von Vertretern der politischen Linken verklärt wurde, bildete 1968 in der Veränderungsdynamik der 60er Jahre nur einen Abschnitt, ein „kritisches Ereignis“ (Bourdieu), bei dem einerseits vieles verdichtet und zugespitzt wurde, das andererseits selbst eine kritische Reaktion auf den gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungs- und Modernisierungsprozess darstellte, der in den späten 1950er Jahren begonnen und sich dann in den 1960er Jahren schon weitgehend entfaltet hatte. 1968 wird aus dieser Perspektive also gleichsam überwölbt und wird, wenn nicht gerade zu einem „Nachhutgefecht“, wie neuerdings vielfach behauptet, so doch zu einer „Hochwassermarkte“ (Damberg), an der sich die intellektuellen Strömungen teilen und polarisieren, die zuvor noch zusammen verlaufen waren.

4 Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 381.

5 Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 213.

6 Karl Rohe, *Politische Kultur*, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin 1994, S. 1–21.

Charakteristisch für diesen Vorgang wurde die Ausbildung einer liberalkonservativen politischen Philosophie, hervorgegangen aus dem Kreis um den Münsteraner Philosophen Joachim Ritter, zu dem Hermann Lübbe, Odo Marquard und auch Robert Spaemann gehörten. Ihre politischen Wortergreifungen entwickelten sich u. a. aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule, standen aber im Unterschied zu älteren Denkmustern eindeutig auf dem Boden des Grundgesetzes und der westdeutschen politischen Demokratie.⁷ Indem sie sich in den späten 1960er Jahren und danach gegen die „Infragestellung der demokratischen Struktur der Bundesrepublik [...] als kapitalistischen Repressionsstaat“⁸ richteten und damit Front gegen die aus ihrer Sicht bedrohlichen Hegemonieansprüche des Marxismus nun auch in Westdeutschland bezogen, forderten sie zwar nicht weniger heftige Attacken und Gegenpositionen von Jürgen Habermas und anderen heraus, die ihrerseits dahinter den Siegeszug einer militanten Neuen Rechten vermuteten.⁹ Aber gleichzeitig entstand damit eine anfangs scharfe Polarisierung, die sich dann später in ein Nebeneinander antagonistischer politisch-theoretischer Positionen verwandelte, die beide zur Ideenlandschaft der Bundesrepublik gehören und wichtige Elemente ihres Pluralismus ausmachen sollten.

Zur intellektuellen Gründung der Bundesrepublik gehörte damit nicht allein die Geschichte der Frankfurter Schule, sondern – wie Jens Hacke neuerdings gezeigt hat – auch die liberalkonservative Begründung durch einen neuen philosophischen Konservativismus, der die Ambivalenzen des Modernisierungsprozesses thematisierte und damit Teil dieses Prozesses wurde.¹⁰ Sie bilden die beiden Eck- und Bezugspunkte einer politischen Philosophie, die sich aus dem von Not und Umständen erzwungenen Meinungskonformismus der frühen 50er Jahre in Schüben entfaltet und den Prozess der Demokratisierung und Pluralisierung in der Politik der Bundesrepublik begleitet und theoretisch begründet hat. Auch wenn sich die beiden Positionen zunächst, und allein von dieser Phase ist hier die Rede, ausgesprochen antagonistisch entwickelten und Teil der allgemeinen Polarisierung waren, bildete sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte daraus die Einsicht, dass Pluralisierung eine ganz wesentliche Voraussetzung für individuelle Freiheit und eine moderne, an westlichen Standards orientierte Demokratie ist.

Was waren die großen Themen und Deutungsangebote der sozialwissenschaftlichen Publikationen der Frankfurter Schule, die in dem Spektrum der in der Nachkriegszeit neu begründeten Sozialwissenschaften nur eine Schule unter mehreren bildete, sich aber unter dem Etikett einer „Kritischen Theorie“ bald als die eigentliche Bildungswissenschaft der neuen Demokratie verstand und tatsächlich in den sechziger Jahren zur intellektuellen Leit- und Symbolfigur der Bundesrepublik auf-

7 Dazu Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.

8 Odo Marquard, *Individuum und Gewaltenteilung. Philosophische Studien*, Stuttgart 2004, S. 164f., zit. nach Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 13.

9 Jürgen Habermas, Einleitung, in: ders. (Hg.) *Stichworte zur „geistigen Situation der Zeit“*. Bd. 1: *Nation und Republik*, Frankfurt/Main 1979, S. 7–35, S. 8.

10 So die zutreffende abschließende Einordnung von Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 297.

stieg?¹¹ Ihr Erfolg und großer Wirkungsradius hatten viel mit der Legitimationskrise der 60er Jahre zu tun, in der die politisch und ökonomisch so erfolgreiche Weststaatsgründung in eine Sinnkrise geriet oder nach verbreiteter Meinung geraten zu sein schien. Die Frankfurter Schule mit ihren medialen Netzwerken hatte Antworten parat, die in mehrere Richtungen anschlussfähig waren: einmal in Richtung überkommener Kulturkritik, indem sie klassische bildungsbürgerliche zivilisationskritische Positionen gegen „Vermassung“ und „Verflachung“ mit soziologischen und vorwiegend marxistischen Theoremen zur Kulturindustrie und Entfremdung im Kapitalismus und seiner Bedrohung der bürgerlichen Demokratie entwickelten und bereitstellten. Dann boten sie zugleich wirkungsmächtige Erklärungen für die Probleme und Widersprüche der Vergangenheitsbewältigung an, indem sie mit der Theorie von der autoritären Persönlichkeit die Spannungslagen zwischen den Generationen und für die personellen Kontinuitäten bzw. politischen Krisen und Skandale der frühen 60er Jahre zu erklären versprachen.

Das war noch nicht eine Weiterentwicklung marxistischer Theorien, wie viele Kritiker und Gegner vermuteten, sondern ein Deutungsangebot für die Demokratie in der Bundesrepublik, der Max Horkheimer aus den Erfahrungen der Emigration grundsätzlich positiv und offen gegenüberstand. Was man vermeiden wollte, und darin waren sich die Frankfurter mit den liberalen Reformern wie etwa Ralf Dahrendorf einig, war ein Abgleiten der jungen Demokratie in die Hände der alten Eliten, die für den Faschismus verantwortlich gemacht wurden. Mit der Verfestigung der Schulbildung in Frankfurt seit den späten 1950er Jahren, dem Willen zur öffentlichen Wirkung und der Bereitschaft zur Lagerbildung, aber auch mit der Enttäuschung über die geringen Einflussmöglichkeiten einer radikalen Demokratie verschärfen sich seit den späten 50er Jahren die Positionen und Fronten. Mit ihrem politisch-moralischen Anspruch einer kritischen Theorie der Demokratie und Kultur wurde die Frankfurter Schule zum „Ort symbolischer Identifikation einer ganzen politischen Generation“.¹²

Gleichzeitig erwuchs mit dem einstigen Mitstreiter Herbert Marcuse, der in den USA geblieben war, eine radikale Konkurrenz, indem dieser mit seiner Wiederbegründung des Marxismus und seiner These vom „eindimensionalen Menschen“ eine radikale Kapitalismuskritik betrieb, die zur totalen Negation und zu einer fundamentalen Transformation der westlichen Gesellschaften aufrief, da diese als nicht mehr reformfähig galten. Das war der Moment, indem Horkheimer und Adorno, die die bürgerliche Zivilisation durch eine umfassende Bildungsreform zu verteidigen suchten, als Identifikationsfiguren der entstehenden studentischen Protestbewegung von Marcuse abgelöst wurden.

Auch wenn die kritische Theorie in den Prozess der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik tief verwoben ist, gehörten die Frankfurter nach dem Diktum von Jürgen Habermas nicht zu denen, die die bürgerliche Demokratie wirklich ernst

11 Die folgenden Überlegungen orientieren sich an den Thesen von Clemens Albrecht/Günther Behrmann/Michael Bock/Harald Homann/Friedrich Tenbruck (Hg.), *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt/Main 1999.

12 Albrecht u. a., *Intellektuelle Gründung*, S. 187.

genommen haben¹³ und sich mit ihrer Realität wirklich identifizierten. Ihnen ging es vielmehr um die Frage, „ob überhaupt und in welcher Weise formale Demokratie zu einer inhaltlichen werden kann.“¹⁴ Dieser Vorbehalt gilt für die Repräsentanten einer liberalkonservativen Demokratie-Konzeption nicht. Sie sahen in den demokratischen Institutionen und Verfahren einen Wert an sich, ein wesentliches Element der Demokratie, das es zu verteidigen galt. Die Liberalkonservativen aus der Münsteraner Schule um Joachim Ritter, aber auch jüngere Politikwissenschaftler wie Wilhelm Hennis und Karl-Dietrich Bracher, allesamt Angehörige der Flakheldergeneration, standen im Unterschied zu den Frankfurtern und ihrer kritischen Theorie, aber auch im Unterschied zu den traditionellen Konservativen von Anfang an auf dem Boden von Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaat. Sie versuchten die Erfahrung der Entzweiung im politischen Denken der Neuzeit zur Basis einer liberalen und pluralistischen Theorie zur Anerkennung institutioneller Verfahrensregelungen der politischen Partizipation und Konfliktregelung zu machen, d.h. die deutsche Philosophietradition mit der westlich-liberalen Tradition zu verbinden. Sie reagierten auf die Fortschrittsdynamik der wissenschaftlich-technischen Zivilisation mit einem Akt des positiven Begreifens und Einordnens und dem Versuch, den Folgen der rasanten Modernisierung mit einem skeptischen Modernitätstraditionalismus (Marquard) zu begegnen. Sie waren und sind die eigentlichen Denker der Ambivalenz, eine Position, die mit der Ausbildung der zweiten Moderne immer mehr Zustimmung fand.

Die Entstehung dieses Denkansatzes eines revidierten Liberalkonservatismus hat Hermann Lübbe mit der Existenz der linken Herausforderung, mit einer „Neomarxismusresistenz“ begründet.¹⁵ Es war also nicht nur ein „rotes Jahrzehnt“ (Koenen), was 1967/68 seinen Höhepunkt erreichte; sondern es bildeten sich am Ende auch Bausteine einer neuen politischen Philosophie als einer Gegentheorie heraus. Dazu gehörte ein Bekenntnis zu einer Institutionentheorie als Voraussetzung und Ordnungsrahmen für ein politisches Gemeinwesen, das ethische Normen sichern und das Recht zum Widerstand und zivilen Ungehorsam beinhalten muss, das einen pragmatischen Dezisionismus als Handlungsraum anerkennen und sich schließlich am common sense und einer Art von Zivilreligion als moralischer Orientierung und als Instrument zur Sicherung der Demokratie ausrichten muss, ohne ein moralische Totalbegründung zu behaupten, die immer die Gefahr der Freiheitsgefährdung impliziert.

Aus diesen Überlegungen zu einer politischen Ideengeschichte der frühen Bundesrepublik ergibt sich die zeitliche Erstreckung bzw. Einordnung der Beiträge dieses Bandes: Sie beginnen mit Debatten um die Leitbegriffe „Abendland“ und „Amerikanismus“ in den 1950er Jahren, haben ihren Schwerpunkt in den 1960er Jahren und reichen bis in die 1970er Jahre, als sich auf die Dynamik der unruhigen Jahre vielfache Reaktionen und eine sekundäre Modernisierungsoffensive entwickelten, die nicht nur auf der Ebene der politischen Philosophie die Widersprü-

13 Jürgen Habermas, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/Main 1985, S. 172f., zit. nach Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 13.

14 Habermas, *Unübersichtlichkeit*, S. 172f.

15 Hermann Lübbe zit. nach Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 94.

che und Mehrdeutigkeiten des politisch-gesellschaftlichen Wandlungsprozesses thematisierte, sondern auch praktische Auswirkungen auf die Selbstdefinition und politische Praxis der politischen Parteien hatte.

Der Wandel vollzog sich mithin auf mehreren Ebenen: in den intellektuellen Diskursen der Sozialwissenschaften und politischen Philosophie, in der Publizistik und in Akademien, in der zeitgenössischen Literatur und bildenden Kunst. Er wurde in den alten und neuen Medien geführt und verstärkte deren Bedeutung als vierter Gewalt. Der vorliegende Tagungsband versucht in Erweiterung bisheriger Untersuchungen über die Intellektuellen-Debatten hinaus auch diese Ebene zu berücksichtigen und nach den Verschränkungen der Diskurse zu fragen. Behandelt werden Modernisierungsimpulse und deren Resonanzen aus Bildender Kunst, Literatur, Sozialwissenschaft, Kirchen und Publizistik, ferner die Reflexe dieser Vorgänge im politischen Kabarett. Wünschbar und denkbar wäre ein ergänzender Blick auf Film, Theater oder auch Architektur – immer mit dem Ziel, nach Parallelen und Verschränkungen, vor allem aber auch nach Verstärkungs- und Vervielfältigungsprozessen und deren Wirkung zu fragen.

Diese kulturellen Vorgänge in ihrer noch auszulotenden Vielfalt gehören zur „zweiten formativen Phase“ in der Gründung der Bundesrepublik, die irgendwann in den späten 1950er Jahren begonnen hatte, und deren politisch-kulturelle Bedeutung mittlerweile als „intellektuelle Gründung“¹⁶ der Bundesrepublik beschrieben wird. Der kulturelle Umbruch der frühen Bundesrepublik wird dabei vielfach in einen Zusammenhang mit der Rolle von zwei Generationen und einem einschneidenden Generationenwechsel gebracht;¹⁷ gemeint sind die „45er“ und die „68er“. Die Generation der Reformer, die seit den späten 1950er Jahren mehr und mehr das intellektuelle Klima und Themenspektrum der Bundesrepublik bestimmten, wurde früher als Generation der „Flakhelfer“ charakterisiert, die teilweise identisch war mit der sog. „skeptischen Generation“. Mittlerweile ist diese Zuschreibung durch das Etikett der „45er“ ersetzt worden, das den Vorteil einer größeren Offenheit besitzt und nicht nur mit dem Bild einer weitgehend unpolitischen und lediglich vom wirtschaftlichen Aufbauwillen getragenen Generation in Verbindung gebracht wird.

Denn neuere Studien haben ergeben, dass diese Generation, deren entscheidende Sozialisation in die Phase des Krieges und des Zusammenbruchs gehört und deren prägende Erfahrung der Zwang zur Neuorientierung 1945 war, auch eine umfassende Traditionskritik betrieb und in Teilen eben gerade nicht unpolitisch

16 Der Titel der zitierten kritischen Darstellung über die politische Theorie und Zeitdiagnose der Frankfurter Schule eignet sich in unserem revidierten Sinne für den gesamten Prozess der Fundamentalliberalisierung und Pluralisierung und dient, wenn er hier benutzt wird, nicht nur der Beschreibung der Wirkung der Frankfurter Schule. Albrecht u. a., *Intellektuelle Gründung*.

17 Zu den drei politischen Generationen der ersten 25 Jahre der Geschichte der Bundesrepublik die konzisen Überlegungen von Ulrich Herbert, *Drei politische Generationen*, in: Jürgen Reulecke (Hg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 95–114; ferner ders., *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: ders. (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–52, S. 43 ff.

war. Seit den späten 1950er Jahren hätten sich, so die neuere These, die intellektuellen Wortführer und aufstrebenden jüngeren Politiker aus dieser Generation rekrutiert. Danach waren es die kritischen Angehörigen der Generation der damals 40-jährigen, die mit ihren Büchern, Zeitschriftenpublikationen und Medienauftritten seit den späten 1950er Jahren weitgehend die Themen und Stichworte vorgaben, mit denen sie ihren Anspruch auf Aufbruch und Nachfolge der bis dahin in Politik und Kultur tonangebenden Vorkriegsgeneration anmeldeten. Zu ihnen gehörten neben Schriftstellern wie Heinrich Böll, Günther Grass und Martin Walser die Soziologen Jürgen Habermas und Ralf Dahrendorf; aber auch bildende Künstler wie die Vertreter des europäischen Informel und des amerikanischen abstrakten Expressionismus von Ernst Nay, Jackson Pollock bis Joseph Beuys, die nach dem Wiederentdecken der verfemten klassischen Moderne auf der ersten „documenta“ (1955) der Avantgarde der 50er Jahre auf der zweiten „documenta“ (1959) zum Durchbruch verhalfen.

Die Annahme eines Generationenwechsels bzw. eines Generationenkonflikts wird als einer der auslösenden Faktoren für eine politisch-kulturelle Wendezeit und Aufbruchssituation verstanden, die ihren Höhepunkt mit der Protestbewegung der Studenten und der davon ausgelösten „Kulturrevolution“ von 1968 bzw. mit dem politischen Machtwechsel in Bonn 1969 erlebte. Die „intellectual history“ der frühen Bundesrepublik wird auf diese Weise in einen engen Zusammenhang mit der Abfolge der politischen und kulturellen Generationen gebracht. Die 45er werden als publizistische und politische Streiter für Reform und Kritik, für eine bewusste Westorientierung der Bundesrepublik, aber auch zuweilen als Vordenker eines „dritten Weges“ hin zu einem demokratischen und humanistischen Sozialismus gesehen. Mit ihnen wurde zunehmend die NS-Verstrickung der deutschen Gesellschaft thematisiert und damit das Ende des „kollektiven Beschweigens“ (Lübbe) der NS-Vergangenheit eingeläutet. Zugleich entstand seither eine „Kultur des Verdachts“, die nach Meinung von Kritikern zu einer politisch-kulturellen Belastung und (vorübergehenden) Delegitimierung der Bundesrepublik führte. Das war das Werk der 68er Bewegung und Teil einer heftigen öffentlichen Debatte um Reform und Amerikanisierung. Die Argumente, mit denen die fundamentale Kritik an diesen beiden Grundtendenzen der politischen Kultur der frühen 1960er Jahre begründet wurde, erinnerte manche Beobachter trotz des neomarxistischen Gewandes, in dem die Verweigerungshaltung gegen die industriegesellschaftliche Moderne und die entstehende Massenkonsumgesellschaft auftrat, an kulturpessimistische und zivilisationskritische Positionen der Zwischenkriegszeit. Der aus der Emigration zurückgekehrte Politologe Richard Löwenthal sah darin den „romantischen Rückfall“ einer Nachkriegsgeneration, die zwischen den späten 1930er Jahren und den späten 1940er Jahren geboren und in der sich durchsetzenden Moderne aufgewachsen war, in überwunden geglaubte Positionen der antiwestlichen Romantik.¹⁸

Auch wenn „Generation“ in unserem Konzept sehr viel bescheidener nur als „Generationalität“, als Form der Selbstzuschreibung und nicht als starre generelle

18 Richard Löwenthal, *Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärtsgewandten Revolution*, Stuttgart 1970.

Zuweisung nach Altersgruppen verstanden werden soll, denen pauschal bestimmte Erfahrungen und Deutungen zugeordnet werden,¹⁹ bleibt es eine permanente Herausforderung für eine quellenorientierte Forschung, der Gültigkeit solcher Zuschreibungen nachzugehen. Das geschieht in einigen Beiträgen dieses Bandes, und sie alle zeigen, wie gut man beraten ist, damit vorsichtig umzugehen.

Der Prozess der Liberalisierung der Bundesrepublik wurde bislang vor allem an den Debatten der Intellektuellen um Staat und Gesellschaft untersucht. Das Konzept der intellektuellen Gründung legt es jedoch nahe, über die Intellektuellen hinaus zu sehen, auch wenn sich in deren Wortergreifungen sicherlich vieles verdichtete, was sich an Denkmustern und Wertorientierungen herausbildete, und wenn diese damit vermutlich die Stichworte für einen solchen Lernprozess lieferten.²⁰ Die Ausweitung der Forschungen zur „intellectual history“ macht es vielmehr erforderlich, den Blick auch auf andere kulturelle Ebenen der Politik, der Medien, der Bildung, der Literatur und bildenden Kunst zu richten, um die Zäsuren, die sich bislang herauschälen, zu überprüfen und zu differenzieren, um parallele und divergente Entwicklungen deutlicher zu machen. Einen ersten Schritt dahin stellen die Beiträge des vorliegenden Tagungsbandes dar, in dem vier große Themenfelder exemplarisch angesprochen werden: „Medien, Öffentlichkeit, Parteien“, „Wissenschaften und Konfessionen“, „Literatur und Publizistik“ sowie „Kunst, Journalismus, Kabarett“.

Zu Beginn des ersten Abschnitts zeigt *Christoph Hilgert*, wie auch der Rundfunk mit seinem Jugendfunk schon sehr früh zum Medium einer neuen politischen Kultur wurde. Er veranschaulicht an der Alterszusammensetzung der Redakteure und am Programm des Jugendfunks dessen Beitrag zum Prozess der Liberalisierung und des Generationenwandels. Die Mehrheit der Redakteure bestand aus Angehörigen der 45er-Generation, die sehr früh ihre Aufgabe in der Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit und als Akteure der politischen Bildung sahen, indem sie regelmäßig Einführungen und Erläuterungen zum Verfassungssystem der jungen Bundesrepublik ausstrahlten und das demokratische System in einen deutlichen Gegensatz zum kommunistischen Totalitarismus brachten.

Sehr viel heterogener in ihrer altersmäßigen Zusammensetzung stellen sich die Redaktionen der großen Zeitungen dar, was *Marcus Payk* in seiner Untersuchung veranlasst, den engen Zusammenhang zwischen der Entstehung einer demokratischen Zivilgesellschaft und einer von homogenen Altersgruppen erlebten und getragenen Prägung und Erfahrung tendenziell aufzulösen. Der Konflikt zwischen konservativen Journalisten, die sich in die Defensive gedrängt sahen, und den Reformern verlief in der FAZ nicht entlang der Generationslinie, sondern allenfalls zwischen den Redaktionen. Es herrschte vielmehr eine generationelle Gemengelage, in der das überkommenen konservative Gemeinschaftsdenken von einem Bekenntnis zur demokratischen Kultur und einer wachsenden Konfliktbereitschaft abgelöst wurde, ein Vorgang, der sich seit den späten 50er Jahren abzeichnete. Da

19 Dazu Jürgen Reulecke, Einführung: Lebensgeschichten des 20. Jahrhunderts – im „Generationscontainer“?, in: Reulecke, *Generationalität*, S. VII–XVI.

20 Herbert, *Wandlungsprozesse*, S. 14.

holte der noch vom Kulturpessimismus geprägte Karl Korn junge Akademiker ins Feuilleton und gab 1953 Jürgen Habermas Rückendeckung, als dieser Martin Heidegger wegen seines Verhaltens in der NS-Zeit scharf kritisiert hatte.

Einem zukunftssträchtigen Anwendungsbereich der jungen Sozialwissenschaft wendet sich *Peter Hoeres* mit der Demoskopie zu, die in der Bundesrepublik in den Jahren um die Bundestagswahl von 1957 zum Gegenstand politischer Kontroversen mit verkehrten Fronten wurde: Während die CDU auf progressive Methoden der Demoskopie setzte, äußerte die sich dem Fortschritt verschriebene SPD dezidiert kritisch über das neue Verfahren und erneuerte traditionelle Argumente und Vorbehalte.

Die modernisierende Wirkung, die von der Herausforderung der 68er auf das Selbstverständnis und den Politikstil der CDU ausging, behandelt *Daniel Schmidt* in seinem Beitrag. Am Beispiel einer jüngeren Riege von CDU-Politikern, die sich als „alternative 68er“ verstanden, zeigt er die Versuche einer „Neuerfindung“ der CDU, die sich den kritischen Fragen der Intellektuellen stärker öffnen wollten, um die Zukunft der eigenen Partei zu sichern. Dieser Beitrag belegt ebenfalls, dass es zu einfach ist, lediglich mit den Schablonen der 45er und 68er zu operieren. Ferner zeigt er, wie auch die Gegner aus der Erfahrung von 1968 lernten.

Zu Beginn der zweiten Sektion werden zunächst zwei gegenläufige Prozesse im Verhältnis von Religion und Politik thematisiert. *Klaus Große-Kracht* arbeitet heraus, wie die Anerkennung der Sachzwänge der modernen Welt nach einer tiefen Enttäuschung über die gescheiterten Hoffnungen auf eine Rechristianisierung verbunden war mit dem Projekt einer katholischen Realpolitik auf pluralistischer Grundlage. Doch geschah dies aus einer unterschiedlichen Grundstimmung. Bezogen auf die Generationszugehörigkeit der Protagonisten dieser Wandlungen im Selbstverständnis katholischer Intellektueller versagt das etablierte Erklärungsmodell. Waren die Angehörigen der älteren Generation noch sehr viel skeptischer angesichts der veränderten Realitäten der Moderne, so behielten die Jüngeren ein missionarisches Sendungsbewusstsein bei. Der junge Rainer Barzel schrieb 1947 seiner Partei ins Stammbuch, dass allein im „Primat Gottes“ politisches Heil zu finden sei.

Anschließend analysiert *Pascal Eitler* die Politisierung der Religion um 1968 und stellt damit eine weitere Facette in der Wirkungsgeschichte der 60er Jahre vor, die um 1968 ihre volle Ausdrucks- und Wirkungskraft fand. Die Politisierung der Religion, die sich in Debatten um die gesellschaftliche Aufgabe der Religion und der Kirche widerspiegelte und in einer Diskussion um den notwendigen Dialog zwischen Christentum und Marxismus, um die Gewaltfrage sowie die Befreiungstheologie einen ungewöhnlichen Ausdruck fand, erweist sich damit als eine gegenläufige Tendenz zur viel beschworenen Säkularisierung, die in der Regel als Folge der Modernisierungsprozesse der 60er Jahre angenommen wird.

Zu einer weiteren Differenzierung und Abkehr von gewohnten Deutungen lädt *Tobias Freimüller* mit seinem Beitrag über die Sozialpsychologie von Alexander Mitscherlich und deren Wirkungsgeschichte ein. Mitscherlichs Klassiker „Vaterlose Gesellschaft“ und „Die Unfähigkeit zu trauern“, von denen immer wieder angenommen wird, dass sie zu den prägenden Arbeiten für die Stichworte der 60er

Jahre gehörten, fanden, nachdem sie bereits in den 50er Jahren noch im Geist des „elitären Kulturpessimismus“ formuliert waren, erst mit einer erheblichen Verzögerung, nämlich erst in den späten 60er Jahren, Eingang in das kollektive Bewusstsein – nun als Appell zur „Fundamentaldemokratisierung“. Zunächst hatte Rowohlts Arbeiten mit dem Kommentar „zu düster, zu wenig empirisch“ abgelehnt, und es bedurfte einiger Jahre, bis dieselben Titel zu Erfolgstiteln wurden, die zur studentischen Pflichtlektüre gehörten oder doch in den Zitatenschatz der unruhigen Jahre eingingen bzw. zu einer Konjunktur von Psychologie und Sozialpsychologie führten.

In der dritten Sektion werden Literaten und Publizisten behandelt und ihre biographischen Brüche untersucht. *Dominik Geppert* analysiert am Beispiel des Tagebuchs von Hans Werner Richter die Einschätzung der Angehörigen der 45er Generation in der Literaturszene und deren Bedeutung für die 68er Bewegung. Auch wenn Richter die harschen Verdammungsurteile über Grass, Walser und Lettau nur seinem Tagebuch anvertraut hat, der Gründer der Gruppe 47 lässt erkennen, wie tiefgehend und quer zu den Generationslinien die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Literatur und Politik gingen und wo die Gründe für den Zerfall der Gruppe 47 lagen.

Auch die Erben der „Weltbühne“ erlebten die formative Gründungsphase der Bundesrepublik eher als Phase des Niedergangs und des Bedeutungsverlustes ihrer traditionellen Positionen einer dritten Kraft, die an einem national-neutralistischen Kurs wie an dem Gedanken eines freiheitlichen Sozialismus orientiert war. Für ihren einstigen führenden Repräsentanten Kurt Hiller blieben, wie *Alexander Gallus* verdeutlicht, seit Mitte der 50er Jahre nur noch Publikationen in Kleinst-Zeitschriften und eine deutliche Distanzierung zur Studentenbewegung, die Hiller schließlich sogar dazu brachte, seinen Frieden mit der SPD zu suchen.

Einen autobiographischen Zugang zum Thema der Generationszuschreibung präsentiert die Literaturwissenschaftlerin *Anne Fuchs* in ihrem Beitrag über eine Trilogie von Ludwig Harig, der seine Wirklichkeitserfahrung der Nachkriegszeit in bewusster Subjektivität vorstellte und seine Abkehr vom völkisch-nationalistischen Denken durch den Rückgriff auf Hölderlin und durch ein eher spielerisches Verfahren der sprachlichen Befreiung meisterte.

Im vierten und letzten Kapitel „Kunst, Journalismus, Kabarett“ geht es zunächst in dem Beitrag von *Christian Spies* um die Brüche und Wandlungen innerhalb der Bildenden Kunst. Er behandelt die „Zäsuren der Malerei“ und stellt Jörg Immendorffs Forderung von 1966 vor: „Hört auf zu malen“. Dieser Appell gegen die Malerei wird freilich mit den Mitteln der Malerei vorgetragen und die „letzten Bilder“ werden dadurch wieder zu „ersten Bildern“, ein Verfahren, das die Moderne seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnet. Nicht nur die Malereikritik bleibt damit innerhalb der Malerei und bildet ihre eigenen Zäsuren aus, sie entfaltet sich zugleich als Gegenpol zum amerikanischen Modernismus, ohne von dessen bildlichen Reflexionen unbeeinflusst zu bleiben. Entsteht schon dadurch ein sehr komplexeres Bild vom ästhetischen Wandel, so wird der kunstimmanente Rhythmus der Moderne noch dadurch deutlich, dass der jeweilige Siegeszug einer Stilrichtung der Moderne sehr bald von einer anderen abgelöst wird. Der Siegeszug

der abstrakten Moderne, der am Ende der 50er Jahre bei der zweiten „documenta“ einen Höhepunkt erreichte, wurde schon bald wieder in Frage gestellt; die zweite Nachkriegsgeneration der Künstler kritisierte bereits in den 60er Jahren, was die abstrakte Moderne zehn Jahre zuvor gerade meinte etabliert zu haben.

Das Thema „Journalismus“ wird von *Maria Daldrup* am Beispiel der Geschichte des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) aufgegriffen. Dabei stellt ihr Beitrag in zeitlicher Perspektive den Endpunkt des Untersuchungszeitraums dar, denn er reicht bis weit in die 1980er Jahre hinein. Es geht um das aufschluss- und spannungsreiche Wechselverhältnis von ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und Demokratisierung. Der Beitrag kann zeigen, dass der DJV schon früh begann, sich innerhalb des neuen westdeutschen Mediensystems – und damit auch als Lobbyist in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit – zu positionieren und grundlegende Prinzipien demokratischer Pressearbeit in die Praxis umzusetzen. Demgegenüber war aber der Weg zu einer aufklärenden selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Rolle dieser Funktionselite im „Dritten Reich“ weitaus länger und mündete erst in den 1980er Jahren in eine differenziertere Erinnerung an die Verstrickungen von Journalisten in den Nationalsozialismus – mit der „Fall Werner Höfer“ als Katalysator und Spiegelbild dieser Veränderung.

Für das politische Kabarett dagegen lag die kritische Hochphase, wie *Detlef Briesen* zeigt, bereits weit vor 1968. Die Kabarettisten der 50er und 60er Jahre, die eine hohe Präsenz in den Medien besaßen, stammten zudem aus einer sehr homogenen Alterskohorte und waren fast alle in den 1920er Jahren geboren. Ihre wirkungsvollen Themen bezogen die Kabarettisten vor allem aus dem Verdacht, der seine Nahrung immer wieder in den langen Schatten und personellen Kontinuitäten der NS-Vergangenheit fand. Die 68er Kultur brachte dann eine tiefe Spaltung der Kabarettisten und stellte den Auftakt zu einer schweren Krise des überkommenen Kabarett dar.

In der Gesamtschau machen die hier einleitend nur knapp vorgestellten Beiträge noch einmal deutlich, wie komplex und widersprüchlich jene Wandlungsprozesse sein konnten, die zu dem führten, was wir Fundamentalliberalisierung oder -demokratisierung nennen und als wesentliches Element im Prozess der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik verstehen – ein Prozess, der offenbar nicht nur von Fortschrittsoptimismus, Rationalität und Planungseuphorie getragen war, sondern auch seine langen Wurzeln in Kulturpessimismus und Zivilisationskritik hatte und sich darum auch nicht einfach auf die Generationenabfolge der 45er und 68er reduzieren lässt. Man kann sich sicher sein, dass bei weiterem genauen und unvoreingenommenen Hinsehen noch mehr Ungleichzeitigkeiten und Ambivalenzen auftauchen werden.

Dass dies in Ansätzen möglich wurde, verdanken Herausgeber und Beiträger des Bandes der großzügigen Förderung des Kolloquiums vom 25.–27. September 2008 durch die Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V., die die Veranstaltung im Rahmen ihrer „Nassauer Gespräche“ organisierte und finanzierte. Zum Gelingen hat aber auch die gastliche und ruhige Atmosphäre des Seminarzentrums auf Gut Siggen (bei Oldenburg/Holstein) mit seiner gelungenen Verbindung von traditionsreicher

und moderner Architektur beigetragen, wohin die Alfred-Toepfer-Stiftung F.V.S. eingeladen hatte.

Flankiert wurden die Vorträge und Diskussionen der Tagung von zwei Dokumentarfilmen: „Provokation Lebenselement der Gesellschaft – Zu Kunst und Anti-kunst“ (WDR 1970, mit Beiträgen von Max Bense, Joseph Beuys, Max Bill, Arnold Gehlen und Wieland Schmied), und: „Zeugen des Jahrhunderts. Helmut Schelsky im Gespräch mit Ludolf Herrmann“ (ZDF 1983). Die beiden Filmbeispiele stellen nicht nur als Zeitdokumente Brücken zu einer Vergangenheit her, die mittlerweile schon weit entrückt zu sein scheint, sondern sie verdeutlichten auch eine mögliche Richtung weiterer Forschungen zum Gegenstand des Kolloquiums, nämlich eine stärkere Berücksichtigung der Medien und ihrer mentalitätsprägenden Kraft.

Bleibt zum Schluss der herzliche Dank der Herausgeber an die Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft und die Alfred-Toepfer-Stiftung für die freundliche Einladung und Unterstützung, an Prof. Dr. Karl Teppe für die Anregung zu diesem Gespräch und an Martin Dröge M.A., Stipendiat am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster, für die gleichermaßen intensive wie umsichtige Unterstützung bei der Redaktion und Drucklegung der Publikation. Schließlich ist aber natürlich auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Gesprächs bzw. den Autorinnen und Autoren der Beiträge zu danken, die ihre überarbeiteten Texte zeitgerecht für den Druck zur Verfügung stellten.

Franz-Werner Kersting – Jürgen Reulecke – Hans-Ulrich Thamer